

Niederschrift Nr. SR/010/20

Beginn: 18:15 Uhr Ende: 20:20 Uhr

Drucksache

- | | | |
|-----|--|---------|
| 1 | Fragen von Einwohner_innen | |
| 2 | Offenlagen | |
| 2.1 | Niederschrift über die öffentliche Sitzung Nr. SR/009/20 des Stadtrates der Stadt Emmendingen am 29.09.2020 | |
| 3 | <p>Aufstellung des Bebauungsplanes "Bleiche I" und der örtlichen Bauvorschriften auf der Gemarkung Emmendingen im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB</p> <p>1. Behandlung der im Rahmen der Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen</p> <p>2. Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB und der örtlichen Bauvorschriften gem. § 74 LBO jeweils i.V.m. § 4 GemO</p> | 0329/20 |
| 4 | Neufassung der Bekanntmachungssatzung | 0323/20 |
| 5 | Anpassung der Elternbeiträge für Kindertages- und Schulkindbetreuung zum 01.01.2021 | 0318/20 |
| 6 | Anpassung der Ermäßigung von Elternbeiträgen mithilfe des Familien- und Sozialpass | 0328/20 |
| 7 | Einsatz der Soforthilfemittel zur Deckung der Mehrkosten in der Kindertagesbetreuung aufgrund der Coronapandemie | 0331/20 |
| 8 | Bekanntgaben der Verwaltung | |
| 9 | Fragen von Einwohner_innen | |

Anwesenheit:

Der Vorsitzende

Herr Stefan Schlatterer

Die Stadträte

Frau Cornelia Anuschek-Pellegrini

Herr Patrick Bauer

Herr Benedikt Bleckmann

Herr Markus Böcherer

Herr Manfred Dages

Frau Beate Dumm

Herr Guido Elsen

Herr Thomas Fechner

Herr Oscar Guidone

Frau Ute Haarer-Jenne

Herr Hanspeter Hauke

Frau Angela Hauser

entschuldigt / krankheitsbedingt

Herr Andreas Heidinger

Frau Ulrike Mertz

Frau Susanne Michiels

Frau Katja Müller-Bütow

Herr Joachim Saar

Herr Christian Schuldt

Herr Heinz Sillmann

Frau Mona Speth

Herr Wilhelm Volz

Frau Dr. Susanne Wienecke

Frau Marianne Wonnay

Herr Alexander Zahn

Herr Martin Zahn

Herr Andreas Zai

Der Schriftführer

Herr Julian Finkbeiner

Die Ortsvorsteher

Frau Carola Euhus

Herr Rainer Lupberger

Herr Felix Schöchlin

stellv. Ortsvorsteher

Herr Wolf Ziebold

Vertretung für Herrn OV Kuhn

Die Fachbereichsleiter

Herr Uwe Ehrhardt

Herr Hans-Jörg Jenne

Herr Alexander Kopp

Herr Rüdiger Kretschmer

Die städtischen Fachvertreter

Frau Doriana Hug

Frau Julia Sennekamp

Frau Corinna Stählin

Abwesend waren:

Die Ortsvorsteher

Herr Karl Kuhn

entschuldigt / privatbedingt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Tagesordnung dem Stadtrat form- und fristgerecht zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist.

Oberbürgermeister Schlatterer informiert vor Eintritt in die Tagesordnung über das aktuelle Infektionsgeschehen hinsichtlich Corona in Emmendingen.

- TOP 1 - Fragen von Einwohner_innen

Eine Anwohnerin aus der Wiesenstraße spricht zum Bebauungsplan Bleiche I. Sie bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Oberbürgermeister Schlatterer, dass hier ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt und dadurch gegenüber einem Verfahren nach § 34 BauGB, die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Des Weiteren bedankt sie sich auch beim Gremium für die intensiven Diskussionen. Die Anwohnerin merkt an, dass der geplante Bau exakt dem entspricht, was in der letzten Bauvoranfrage eingereicht wurde. Dadurch gewinne der Bauherr alles und die Anwohner verlieren die ihnen so wichtige Natur, die alten Bäume, die schöne Aussicht, Vögel, Fuchse und dadurch Lebens- und Wohnqualität. Sie appelliert an das Gremium eine Lösung zu finden, die für die Anwohner akzeptabel und ertragbar ist. Dabei geht sie nochmals auf folgende Punkte ein:

1.: Erhöhung der Stellplätze auf 1,5 pro Wohneinheit

2.: Ermöglichung einer Dachbegrünung, da viel Grün im Gegenzug weggenommen wird.

3.: Bauhöhe dahingehend reduzieren, dass nur noch zweigeschossig + Dachaufbau möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Schlatterer bedankt sich ebenfalls bei der Anwohnerin für das eingebrachte Engagement. Die Beantwortung bzw. Aufnahme der drei Anregungen erfolgt während des Vortrages durch Herrn Kretschmer. Herr Schlatterer widerspricht der Anwohnerin jedoch, dass die Anwohner alles verlieren würden, während der Bauherr alles gewinnt. Es gab auf diesem Gelände bereits mehrere Bauvoranfragen, die weit über das Maß hinausgehen, das jetzt Gegenstand der Verhandlung ist. Der hier dargestellte Bau ist das Ergebnis aus intensiven Verhandlungen zwischen Verwaltung und Bauherr. Herr Schlatterer verdeutlicht außerdem nochmals, dass der Bauherr auf sein Recht nach § 34 BauGB hätte bestehen können und demnach den Anwohner entgegengekommen ist.

- TOP 2 - Offenlagen

**- TOP 2.1 - Niederschrift über die öffentliche Sitzung Nr.
SR/009/20 des Stadtrates der Stadt Emmendingen
am 29.09.2020**

Gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Nr. SR/009/20 der Stadt Emmendingen am 29.09.2020 werden keine Einwendungen erhoben, infolgedessen gilt sie als genehmigt.

- TOP 3 - Aufstellung des Bebauungsplanes "Bleiche I" 0329/20
und der örtlichen Bauvorschriften auf der Ge-
markung Emmendingen im beschleunigten Ver-
fahren nach § 13a BauGB
1. Behandlung der im Rahmen der Auslegung
und der Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange eingegangenen
Anregungen und Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes
gem. § 10 BauGB und der
örtlichen Bauvorschriften gem. § 74 LBO je-
weils i.V.m. § 4 GemO

Herr Kretschmer erläutert den Sachverhalt zur Aufstellung des Bebauungsplans „Bleiche I“.

SR Zai befürwortet für den aufzustellenden Bebauungsplan Flachdächer, gegebenenfalls sogar mit Begrünung der Dächer. Des Weiteren fragt Herr Zai nach den Eigentumsverhältnissen hinsichtlich der nachzuweisenden Stellplätzen. Herr Kretschmer antwortet, dass die Eigentumsverhältnisse keine Rolle spielen. Diese müssen lediglich nachgewiesen werden, unabhängig davon, wer Eigentümer ist. Herr Schlatterer weist außerdem nochmals daraufhin, dass die privaten Eigentumsverhältnisse nicht in öffentlicher Sitzung behandelt werden dürfen und keine Rolle spielen.

SR Saar wiederholt seine Aussage aus dem Technischen Ausschuss. Die Diskussion zum Tagesordnungspunkt hört sich für ihn so an, als gäbe es in Emmendingen keine Wohnungsprobleme. Hier müsse man abwägen ob man nachverdichten möchte und somit dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken – oder eben nicht. Herr Saar fände an dieser Stelle Flachdächer ebenfalls angebracht, allerdings würde ein Flachdach hier wiederum zum „Klotz“ führen, den man an dieser Stelle eigentlich nicht möchte. Außerdem sollte man die Planung der Stellplätze nochmals überdenken.

SRin Dr. Wienecke kritisiert die Verwaltung dahingehend, dass die Verwaltung einen Bebauungsplan vorlege, mit dem Wissen, dass Bauanträge möglicherweise nicht genehmigungsfähig sind, da der Nachweis von Stellplätzen nicht erbracht werden kann. Außerdem würde die Verwaltung einen Bebauungsplan speziell für den Investor aufstellen.

Aus Sicht von SR Schuldt ist der Bebauungsplan nicht zustimmungsfähig, da die Anregungen seitens der Bürgerschaft nicht mitberücksichtigt wurden.

Für SR Alexander Zahn trifft die Aussage von Herrn Kretschmer „das Parken sei das geringste Problem“ nicht zu. Morgens ist die Wiesenstraße zwar leistungsfähig, zu anderen Zeitpunkten jedoch nicht. Für Herrn Zahn ist die Frage der Stellplätze das größte Problem.

SR Martin Zahn wiederholt die Historie zum jetzigen Verfahren. Herr Zahn fragt nach den Einschränkungen für den Gemeinderat? Laut Herr Schlatterer liegen die Einschränkungen letztlich im Verhinderungsgebot. Bedeutet, es darf nicht verhindert werden zu bauen, da der Bauherr Baurecht besitzt.

SRin Speth möchte wissen, ob auch nach § 34 BauGB die Erschließung nachgewiesen werden musste? Herr Kretschmer bejaht dies. Die Erschließung wurde in der

Bauvoranfrage nachgewiesen. Des Weiteren fragt Frau Speth, weswegen ein Flachdach an dieser Stelle nicht erwünscht ist und welche Möglichkeiten der Gemeinderat an dieser Stelle des Verfahrens hat, Änderungswünsche einzubringen? Laut Herrn Kretschmer kann man noch umschwenken. Dies hat zur Folge, dass eine neue Überplanung, neue Offenlage und neue Beteiligung stattfinden muss. Zeitlich läge man dann in der Mitte des nächsten Jahres. Herr Kretschmer wagt zu bezweifeln, dass das der Antragsteller mitmachen würde, da sein Interesse eine zügige Umsetzung ist. Herr Schlatterer gibt zu bedenken, dass man jetzt beim eigentlichen Satzungsbeschluss über Dächer und ähnliches diskutiert, obwohl dazu bereits viel früher Zeit war. Er bittet den Gemeinderat, solche Diskussionen zu früheren Zeitpunkten einzubringen.

SRin Anushek-Pellegrini regt an die Geschosse zu begrenzen. Dadurch würde sich auch die Problematik der Stellplätze etwas reduzieren.

SRin Müller-Bütow findet die späte Diskussion über die Dächer schade. Die Polizei habe ebenfalls ein Flach- bzw. Schmetterlingsdach.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Nach ausführlicher Prüfung und Abwägung der gem. § 3 Abs.2 BauGB im Rahmen der Auslegung vorgebrachten Anregungen bzw. Stellungnahmen und Beschlussfassung laut beiliegender Anlage werden der vorliegende Bebauungsplan „Bleiche I“ nach § 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2020 im beschleunigten Verfahren (§13a BauGB) und die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO jeweils i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
26	18	5	3

Justiziarin Julia Sennekamp stellt den Sachverhalt zur Neufassung der Bekanntmachungssatzung vor.

SRin Dr. Wienecke möchte wissen wie die Problematik gelöst wird, dass in die Bekanntmachungssatzung etwas aufgenommen wird, das nicht rechtswirksam ist? Frau Sennekamp antwortet daraufhin, dass alle Bekanntmachungen, die auf Bundesrecht beruhen, über das Amtsblatt bekanntgemacht werden. Sämtliche Bekanntmachungen, die auf Landesrecht beruhen, werden wie bisher elektronisch über die Homepage bekanntgemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Bekanntmachungssatzung in der geänderten Fassung gemäß der Anlage zu und hebt die alte Satzung auf. Diese tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 24.10.2017 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
26	26	0	0

**- TOP 5 - Anpassung der Elternbeiträge für Kindertages- 0318/20
und Schulkindbetreuung zum 01.01.2021**

Oberbürgermeister Schlatterer führt kurz in die Thematik ein, ehe Frau Stählin den Sachverhalt zur Anpassung der Elternbeiträge erläutert.

SRin Wonnay dankt Frau Stählin für die zusätzlichen Unterlagen und Rechenbeispiele. Sie spricht sich außerdem für eine Entscheidung im Zuge der Haushaltsberatungen aus.

Für SR Martin Zahn spielt die durch den Gemeinderat beschlossene Planungssicherheit für die Eltern die größte Rolle. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach dem organisatorischen Aufwand seitens der Verwaltung.

Frau Stählin erläutert zwei Aspekte. Zum einen müssen zum Jahreswechsel die Gebührenbescheide erstellt werden. Daher hat man sich auch darauf verständigt, die Gebühren immer zum 01.01. zu erhöhen, damit das in einem Schritt getan werden kann. Auf der anderen Seite entsteht durch die nicht zeitgleiche Anpassung der Geschwister- und Essenbeiträge ein Finanzierungsdelta.

SR Saar bedankt sich ebenfalls für die zusätzlich bereitgestellten Unterlagen. Diese haben die Fraktion der CDU dahingehend bekräftigt, bereits heute über die Anpassung abzustimmen.

Oberbürgermeister Schlatterer merkt an, dass es nie einen passenden Zeitpunkt zur Erhöhung der Beiträge gibt. Man habe sich im Gremium darauf verständigt, die Beiträge alle zwei Jahre zu erhöhen und sich dabei an den Empfehlungen des Stadtags zu orientieren, jedoch deren Empfehlung leicht zu unterbieten. Herr Schlatterer gibt außerdem zu bedenken, dass man durch die Verschiebung der Anpassung im letzten Jahr aufgrund des Gute-Kita-Gesetzes und nun durch Corona, vier Jahre lang keine Beiträge erhöht hat und der Sprung sehr groß sei.

Aus Sicht von SR Bauer sollten die Gebühren am besten jährlich erhöht werden. Aufgrund der aktuellen Rezession sollten die Beiträge jedoch nicht während der Corona-Zeit erhöht werden. Herr Bauer merkt an, dass sich zum Jahreswechsel einige Familien über Erhöhungen wundern werden. Nach den Beispielrechnungen werden Familien mit zwei Kindern schlechter gestellt, während Familien mit 4 Kindern schlechter gestellt werden.

Frau Stählin erwidert, dass nicht überwiegend Familien mit zwei Kindern in den Betreuungseinrichtungen vorhanden sind. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Betreuungsformen.

Frau Dr. Wienecke begrüßt das Vorgehen, das Gesamtpaket zu betrachten und Beiträge zu erhöhen. Es war richtig und wichtig die Familien durch Mittel des Landes und Bundes zu entlasten. Dennoch sei es der falsche Weg alle Erhöhungen zu verschieben.

SRin Wonnay freut sich über die Diskussionen zu diesem wichtigen Thema. Frau Wonnay wehrt sich gegen die Verknüpfung, dass die Qualität und Angebotsvielfalt durch das Aufkommen von Elternbeiträgen finanziert wird. Wären die Rahmenbedingungen nicht so wie sie sind, wäre Frau Wonnay die erste im KuS gewesen, die zu den selbst gestellten Rahmenbedingungen (Beitragserhöhung alle zwei Jahre) stünde. Frau Wonnay hält es daher in dieser außerordentlichen Situation für am besten, die Beitragserhöhungen während der Haushaltsberatung zu beschließen.

SR Zahn stellt klar, dass der Gemeinderat jederzeit den Beschluss des KuS aufheben könnte.

Fachbereichsleiter Kopp dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Diskussion zur Anpassung der Elternbeiträge. Er gibt dennoch zu bedenken und befürchtet, dass wenn dieser TOP im Zuge der Haushaltsberatungen beraten wird, der rein humanitäre Gesichtspunkt stärker gewichtet wird. Denn der kommende Haushalt wird, wie dem Gemeinderat bekannt, mit einem starken Minus abschließen.

Antrag auf Vertagung des Punktes 2 des Beschlussvorschlages in die Haushaltsberatungen:

Abstimmungsergebnis

SB	Ja	Nein	Eh
26	18	3	5

vertagt in die Haushaltsberatungen

Antrag auf Vertagung des Punktes 3 des Beschlussvorschlages in die Haushaltsberatungen:

Abstimmungsergebnis über die Vertagung des Punktes 3:

SB	Ja	Nein	Eh
26	16	7	1

vertagt in die Haushaltsberatungen

Der Gemeinderat stimmt daher nun einzeln über die Punkte 1, 4 und 5 ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt zum 01.01.2021:

1. Die Anpassung der Elternbeiträge für das Essen in städtischen Betreuungseinrichtungen gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.
- ~~2. Die Anpassung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in städtischen und konfessionellen Kindertagesstätten gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.~~
- ~~3. Die Anpassung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in der städtischen Schulkindbetreuung gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.~~
4. Die Änderung der Systematik der Geschwisterermäßigung entsprechend des Baden-Württembergischen Modells.
5. Die Regelung der Beitragspflicht bei behördlich angeordneter Quarantäne:
 - Keine Beitragspflicht bei unverschuldeter Quarantäne.
 - Bestehende Beitragspflicht bei selbstverschuldeter Quarantäne.

Die Verwaltung wird beauftragt, die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Kinderbetreuung“ gemäß Anlage 4 anzupassen.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

SB	Ja	Nein	Eh
26	23	3	0

Abstimmungsergebnis zu 4.:

SB	Ja	Nein	Eh
26	22	4	0

Abstimmungsergebnis zu 5.:

SB	Ja	Nein	Eh
26	25	1	0

- TOP 6 - Anpassung der Ermäßigung von Elternbeiträ- 0328/20
gen mithilfe des Familien- und Sozialpass

Herr Oberbürgermeister Schlatterer führt in die Anpassung der Ermäßigung von Elternbeiträgen mithilfe des Familien- und Sozialpass ein.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, den Inhabern des Emmendinger Familien- und Sozialpass, die keine Übernahme der Betreuungsgebühr erhalten, eine 10%-Ermäßigung der Betreuungsgebühr zusätzlich zu den gemäß Gebührensatzung möglichen Ermäßigungen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
26	26	0	0

- TOP 7 - Einsatz der Soforthilfemittel zur Deckung der 0331/20
Mehrkosten in der Kindertagesbetreuung auf-
grund der Coronapandemie

Frau Stählin stellt den Sachverhalt zum Einsatz der Soforthilfemittel zur Deckung der Mehrkosten in die Kindertagesbetreuung aufgrund der Coronapandemie vor.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Corona-Soforthilfemittel des Bundes i.H.v. 577.648,74€ zur Deckung der Mindereinnahmen und Mehrausgaben in der Kindertagesbetreuung einzusetzen. Dabei sollen vorrangig die entfallenen Elternbeiträge bei freien und kirchlichen Träger (bis max. zur Höhe der kommunalen Beiträge) ersetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

SB	Ja	Nein	Eh
26	25	0	1

- TOP 8 - Bekanntgaben der Verwaltung

Oberbürgermeister Schlatterer informiert den Stadtrat darüber, dass die vom Stadtrat beschlossene Satzung zum verkaufsoffenen Sonntag noch nicht bekanntgemacht wurde und demnach auch noch nicht rechtskräftig ist. Das hat zur Folge, dass es keinen Änderungs- bzw. Aufhebungsbeschluss des Stadtrates benötigt.

Des Weiteren stellt Herr Schlatterer den Flyer der Stadtwerke zum Thema Wallboxen vor, der den Stadträten zu Beginn der Sitzung vorgelegt wurde.

- TOP 9 - Fragen von Einwohner_innen

Eine Anwohnerin aus der Wiesenstraße möchte wissen, ob der entsprechende Bauantrag bereits eingegangen ist und ob darüber informiert wird?

Herrn Kretschmer ist dies nicht bekannt und fügt an, dass der Stadtrat in öffentlicher Sitzung über den Bauantrag informiert wird.

- TOP 10 - Anfragen der Stadträte an die Verwaltung

Herr Heidinger äußert seinen Unmut über die Absage des Künstlermarktes und möchte wissen, warum die Stadt eine Veranstaltung absagt, die sie selbst gar nicht veranstaltet? Herr Schlatterer antwortet, dass jetzt nicht über Ordnungsrecht diskutiert wird und der Hygieneschutz einer der Gründe ist.

Frau Anuschek-Pellegrini greift ihre Anfrage aus dem letzten KuS auf. Sie erkundigt sich, ob es einen neuen Planungsstand für Luftreinigungsgeräte im Goethe-Gymnasium gibt? Oberbürgermeister Schlatterer wiederholt seine Aussage aus dem KuS. Die Kosten pro Klassenzimmer belaufen sich nach Recherchen der Verwaltung zwischen 1.000 und 5.000 € pro Klassenzimmer, ohne Wartung. Zu welchen immensen Kosten diese Anschaffung für alle Emmendinger Klassenzimmer führt, können sich jeder selbst vor Augen führen. Ein weiterer Aspekt ist jedoch, dass selbst bei Anschaffung dieser Geräte, nach 45 Minuten gelüftet werden muss. Das führt dazu, dass man den Lüftungszyklus somit um lediglich eine Lüftung, von einer auf zwei reduziert. Hier gelten die entsprechenden Vorgaben des Sozial- bzw. Kultusministeriums, die vorsehen, dass alle 20 Minuten zwingend gelüftet werden muss. Daher kommt man zum Entschluss, dass eine Anschaffung zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht.

Herr Hauke ergänzt die Aussagen von Frau Anuschek-Pellegrini. Die Bundesregierung habe zwischenzeitlich einen Fördertopf von 500 Millionen Euro zur Anschaffung von Entlüftungsgeräten zur Verfügung gestellt. Er bittet die Stadtverwaltung deshalb, eine Anschaffung über Fördermöglichkeiten zu prüfen. Herr Schlatterer stimmt dem zu. Sollte es möglich sein, technische oder andere Varianten zu Hilfe zu nehmen, so wird man das auch tun. Er ergänzt außerdem, dass keine Finanzverbindung zwischen Kommune und Bund gibt, sondern das alles über das Land läuft.

Herr Elsen erkundigt sich nach der Fahrbahnmarkierung am Kreisel Hochburger Straße Richtung Windenreute. Dort seien keine Markierungen angebracht. Dies verleite zum Schneiden der Kurve. Des Weiteren wurde Herr Elsen von Schülern des Goethe-Gymnasiums angesprochen, dass die Heizung wohl nicht auf voller Last laufe. Oberbürgermeister Schlatterer und Herr Kretschmer können ad-hoc keine Auskunft zur Heizlast im Goethe-Gymnasium geben. Herr Kretschmer erläutert, dass ab dem Ortschild die Markierung endet. Weitere Markierungen sind nicht vorgesehen.

Herr Fechner bezieht sich auf eine Korrespondenz zwischen Frau Dr. Wienecke und Herrn Hurth zum Thema Straßenverkehrsbehörde. Auf städtischem Gebiet sei die Stadt selbst für verkehrsrechtliche Belange zuständig. Herr Fechner möchte wissen, ob das so stimmt? Außerdem möchte Herr Fechner wissen, ob es Neuigkeiten zum Thema Xavier Naidoo gibt? Zur verkehrsrechtlichen Situation auf Kreisstraßen kann aktuell keine Antwort abgegeben werden. Man wird sich jedoch um die Aufklärung kümmern. Zum Thema I EM Music, insbesondere Xavier Naidoo, gibt es keinen neuen Stand, man gehe aber weiter auf das Thema ein.

Herr Schuldt informiert sich über die Fahrradabstellanlagen an der Galerie Merk, welche bereits 2019 aufgestellt werden sollten. Ergänzt möchte Herr Schuldt wissen, welche weiteren Standorte für Fahrradabstellanlagen in Aussicht stehen und wie der Planungsstand zur Unterführung Lindenweg aussieht? Die Fahrradabstellanlagen an der Galerie Merk sind aktuell in der Umsetzung, so Oberbürgermeister Schlatterer. Die Planung der Unterführung Lindenweg gestaltet sich jedoch als schwierig. Ein Grund ist Projekteinbeziehung der Deutschen Bahn.

Herr Kretschmer ergänzt die Aussagen von Herrn Schlatterer dahingehend, dass die Planung noch in diesem Jahr stattfinden und vorgestellt wird. Welche weiteren Standorte für Fahrradabstellanlagen geplant sind, wurde bereits mehrfach im TA vorgestellt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20:20 Uhr.

Schriftführer:

Datum Julian Finkbeiner

Der Vorsitzende:

Datum Stefan Schlatterer

Die Mitglieder:

Datum Unterschrift

Datum Unterschrift